

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (17. Jahrgang, Nr.09 September 2023)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Eigentlich erstaunlich, dass die Lebenserwartung der Frauen höher ist als bei Männern. Nach meiner Auffassung ist das verfassungswidrig.

Peter Müller, CDU, 1999-2011 Ministerpräsident des Saarlandes

„Reiche werden viel seltener überprüft als Arme“

Mit diesem Titel veröffentlichte das Hamburger Straßenmagazin „Hinz & Kunz“ im Juli 2023 einen lesenswerten Artikel zum Prüfverhalten deutscher Finanzämter. Eine Anfrage der Linken im Deutschen Bundestag ergab, dass nur 6 % aller Einkommensmillionär:innen im vergangenen Jahr von Finanzämtern überprüft wurden. In drei von vier Fällen, das sind 75 %, mussten daraufhin Steuern nachgezahlt werden.

Bei den Beziehern von Bürgergeld sah die Situation vollkommen anders aus. Hier wurden 1,2 Millionen Fälle mit Hilfe des automatisierten Datenabgleichs überprüft. Wie viele Personen dies betraf, wurde auf Grund des Datenschutzes nicht erfasst. Da sich mehrere Überprüfungen auf eine Person beziehen können, so ein Sprecher, waren es sicher weniger als 1,2 Millionen gewesen. Die „Trefferquote“ (so Hinz & Kunz) der Finanzämter fiel jedoch deutlich geringer aus als bei den Millionär:innen. In knapp 10 % hatte es einen Leistungsmissbrauch oder auch nur einen Verdacht auf einen solchen gegeben. In nur 4 % aller Fälle gab es schließlich den Verdacht auf eine Straftat; meist handelte es sich dabei um unerlaubte Nebenjobs. Teilweise stellte sich im Verfahren dann heraus, dass die Hilfebeziehenden sich gar nichts zuschulden kommen ließen. Der Ertrag pro überprüften Fall war für die Finanzämter relativ gering: Es waren genau 273,50 Euro!

Das Magazin „Hinz und Kunz“ kam zu dem Fazit: „Steuerprüfungen für die Reichen sind für den Staat also deutlich lohnender. Trotzdem sinkt die Kontrollquote hier seit Jahren beständig. So prüften die Finanzämter vor zehn Jahren noch 15 Prozent aller Einkommensmillionär:innen und holten 270 Millionen nicht bezahlte Steuern herein. 2022 waren es nicht mal mehr 95 Millionen Euro“.

Die nunmehr veröffentlichten Zahlen zeigen weiterhin mit aller Deutlichkeit, dass die oft kolportierten Behauptungen vom massenhaften Missbrauch des Sozialsystems durch Leistungsempfänger:innen nicht der Wirklichkeit gerecht werden.

Quelle: Hinz & Kunz, Nr. 365 vom Juli 2023, Seite 21

Sieghard Bußenius

Anzahl armer Menschen sinkt nicht

Laut neuester Zahlen des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2022 gut 17,3 Mio. Menschen in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das waren ein Fünftel oder 20,9 % der Bevölkerung. Gegenüber dem Vorjahr 2021 blieben die Werte nahezu unverändert. 5,1 Mio. Menschen (6,1 %) waren 2022 sogar von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen (2021: 4,3 %). Ihre Lebensbedingungen waren deutlich eingeschränkt. Beispielsweise waren sie nicht in der Lage, Rechnungen für Miete zu bezahlen, einmal monatlich essen zu gehen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren. Schleswig-Holstein liegt leicht unter dem Bundesschnitt. *aus: HEMPELS, August 2023*

Millionärsdichte wächst in Deutschland

Wie das Statistische Bundesamt kürzlich mitteilte, lebten 2019 (neuere Zahlen gibt es nicht) in Deutschland rund 27.400 Einkommensmillionäre und -millionärinnen. Das ist ein Anstieg um knapp 1.200 Personen oder 4,6 % gegenüber dem Vorjahr. Deutlich höher noch ist die Zahl der Menschen, die 1 Mio. Euro oder mehr besitzen, nämlich knapp 1,5 Mio. Im Durchschnitt verdienen Einkommensmillionäre 2,7 Mio. Euro. In Hamburg und Bayern ist die Millionärsdichte am höchsten mit 12 bzw. 9 von 10.000

unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Jahreseinkommen jenseits der Millionengrenze. In Schleswig-Holstein beträgt der Anteil 6 von 10.000.

aus: HEMPELS, August 2023

SPD fordert 15 Euro Mindestlohn

Die SPD in Schleswig-Holstein fordert eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 15 Euro. Das sei erforderlich, um Menschen vor Armut zu schützen und dies auch im Rentenalter, sagte gestern die Landesvorsitzende Serpil Midyatli. Die bisherigen 12 Euro und die geplanten 12,41 Euro reichten nicht, um über die Runden zu kommen.

Mit der Mindestlohn-Forderung und weiteren Positionierungen für mehr soziale Gerechtigkeit will die Nord-SPD in den Bundesparteitag im Dezember in Berlin gehen. Im September befasst sich ein kleiner Parteitag der Landes-SPD damit. Viele Menschen spüren zunehmend die Auswirkungen von Pandemie und Energiekrise, seien verunsichert und erschöpft, sagte die stellvertretende Bundesvorsitzende Midyatli.

aus: Lübecker Nachrichten vom 27.07.2023

RHP – tut immer noch weh

Es ist ja nun schon ein paar Jahre her, dass wir bei DAGS, das „Outsourcen“ von RaumpflegerInnen und Hausmeistern im Rauhen Haus kritisiert haben, in der Hoffnung, dass das wieder rückgängig gemacht wird. Vergeblich!

Jetzt lese ich den Jahresbericht des Rauhen Hauses mit vielen interessanten Berichten über die vielen Arbeitsbereiche, über die Finanzen usw. und denke; „Was steht denn da nun über RHP drin?“. Endlich auf der vorletzten Seite:

„1.Juli Michael Heise übernimmt die Leitung der Rauhen Haus Personaldienste RHP“

Und dann auf der letzten Seite unter Tochtergesellschaften: RHP Rauhes Haus Personaldienste.

Das ist alles! Keine Angaben über Personal und Finanzen – nichts!

Unter Tarifvertrag und Ordnungen steht: Das Rauhe Haus wendet den Tarifvertrag der Länder (TV-L) an. Nach unseren Informationen gilt das nicht für RHP, dort erhalten die MitarbeiterInnen angeblich den Mindestlohn.

Seinerzeit hatten wir vor allem kritisiert, dass ausgerechnet MitarbeiterInnen, die sowieso schon zu den Menschen im unteren Einkommensbereich gehören, schlechtere Einkommen als die übrigen MitarbeiterInnen des Rauhen Hauses erhalten. Außerdem gehören sie durch das Outsourcen nicht zur „Dienstgemeinschaft“ und sind doch auch für die Klientinnen Kontaktpersonen, die manchmal mehr Zeit bei ihnen verbringen als Pflegekräfte. Wichtig scheint uns auch, dass es bis heute keinen Betriebsrat gibt, welcher für die Rechte dieser Mitarbeitergruppe eintreten kann.

Erst einmal möchten wir jetzt gerne wissen, wie viele LeserInnen unseres Infoblatts auch der Meinung sind, dass diese Ungerechtigkeit im Rauhen Haus geändert werden muss und die Ausgliederung von Raumpflege und Hausmeisterdiensten beendet werden muss:

Ich bin dafür, dass RHP aufgelöst wird und die MitarbeiterInnen den anderen im Rauhen Haus gleichgestellt werden müssen!

Wir bitten um Rückmeldung: **Ja / Nein / Enthaltung**
Walter Hamann

Zur Diskussion um das Asylrecht

Mir scheint ein Thema sehr dringend und hintergründig zu sein angesichts der starken Zuwachsraten der AfD besonders im Osten Deutschlands.

Ich denke das wir nicht mehr so weiter machen können mit der unkontrollierten Zuwanderung von Armutsfüchtlingen aus Afrika und anderen Ländern aus der 3. Welt, ohne diesen Menschen eine reale Chance und Perspektive anbieten zu können. Dazu sind wir als Land viel zu klein. Wir können die Massen an Menschen nicht alle unkontrolliert aufnehmen. Das Grundrecht auf politisches Asyl wird vor diesem Hintergrund viel zu oft falsch interpretiert.

Es wird weder uns als Gastgeber Land noch den Geflüchteten verantwortungsbewusst gerecht sie irgendwo in Massengettos einzupferchen und sie dann sich selbst zu überlassen. Das ist das was der AfD den Wind in die Segeln bläst und den Leuten Angst macht

irgendwann nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein, die für ihr tägliches Brot und ihre soziale Existenz hart arbeiten müssen.

Die Tafeln überall in Deutschland sind jetzt schon weit über ihre Grenzen angekommen und können die vielen Geflüchteten und die eigenen armen Leuten nur noch sehr eingeschränkt bedienen. Ganz zu schweigen von den vielen alten armen Leuten die eine viel zu geringe Rente bekommen und immer mehr werden. Besonders eben auch ältere Frauen.

Der Wohnungsmarkt kann diese notwendigen Kapazitäten nicht mehr aufbringen und die Renten sind nicht mehr sicher ohne nachwachsende Beitragszahler...

Was wir brauchen, ist eine kontrollierte Zuwanderung und berufliche Integration und Ausbildung. Uns fehlen überall junge qualifizierte Mitarbeiter in vielen Bereichen....Handwerk, Pflege, Dienst Leistung, Gastronomie und so weiter und diese dann auch gerechter zu bezahlen ohne RHP-Tarifverträge.... Wir können nicht immer mehr Menschen ins Land lassen denen wir dann nicht gerecht werden können oder wollen, das tut weder den Geflüchteten noch uns in unserem Ansehen in der Welt gut.

Die ca. 350 000 abgelehnte Asylbewerber kampieren irgendwo im Untergrund. Aber sie können nicht zurück in ihre Heimat, weil sie dort nicht mehr wieder aufgenommen werden. Nur noch in die Länder wo sie zuerst in die EU eingereist sind. Auf der anderen Seite benötigen wir jährlich etwa 1,5 Millionen Menschen an Zuwanderung für den qualifizierten Arbeitsmarkt.

Mir wurde diese Situation und Dramatik bei unserem letzten Besuch beim Verein Hoffnungsgrund in Sandesneben noch einmal sehr bewusst.

Ich versuche mich in die Rolle als Geflüchteter und um Leib und Gesundheit bedrohter Mensch im Kirchenasyl hineinzufühlen und zu denken und ich bekomme Beklemmungen, Angst-Gefühle und komme heftig sehr stark ins Grübeln....Wie würde es mir in dieser Situation wohl ergehen??

Etwas ist da aus dem Ruder gelaufen und die rechtsradikalen Stimmungsmacher schüren mit ihren Menschen verachtenden Reden kräftig das Feuer. Soweit nur meine Gedanken und meine Meinung zu einem drängen politischen Thema.
Harald Dalibor

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen:
25.09. und 16.10.2023
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

**Jesus Christus spricht: Wer sagt denn ihr, dass ich sei?
(Monatsspruch für September 2023 aus Matthäus 16,15)**

*Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
30. September 2023*